

**B I G
T E C H**

U N D

**B I G
G O V E R N M E N T**

Wo liegen die (ökonomischen) Chancen und wo die Risiken der zweiten Amtszeit von US-Präsident Donald Trump? Ein Kommentar von Norbert F. Tofall, Senior Research Analyst des Flossbach von Storch Research Institute.

Seit der erneuten Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika am 5. November 2024 ist viel über die Chancen und Risiken seiner zweiten Präsidentschaft geschrieben worden. Die ökonomischen Chancen bestehen vor allem aus den geplanten Steuersenkungen und weitgehenden Deregulierungen von Wirtschaft und staatlicher Verwaltung, während die ökonomischen Risiken aus Trumps Zoll- und Handelspolitik mit der Gefahr einer erhöhten Inflation folgen, die Auswirkungen auf die Zinspolitik der Federal Reserve Bank (Fed) hätte. Ob die möglichen ökonomischen Vorteile die Nachteile überwiegen werden oder die Nachteile die Vorteile oder ob sich Vorteile und Nachteile in den nächsten vier Jahren ausgleichen werden, hängt sowohl vom Ausmaß, von der konkreten Ausgestaltung und vom Zeitablauf der Umsetzung der jeweiligen Maßnahmen und Gesetzesvorhaben ab als auch von der Entwicklung der politischen und geopolitischen Lage.

Da Trump in seiner ersten Amtszeit bewiesen hat, dass er sich an seine eigenen Politikprogramme nicht gebunden fühlt und stattdessen tagesformabhängige Befehle und Anordnungen erteilt, sind konkrete Prognosen mit hoher Unsicherheit behaftet. Mustererkennungen im Sinne von Friedrich August von Hayek und das Aufzeigen ordnungspolitischer Probleme im Sinne von Walter Eucken sind aber durchaus möglich.

I

Trump's Politikprogramm ist bereits in sich ökonomisch, politisch und geopolitisch widersprüchlich. Seine vor uns liegende zweite Amtszeit kann deshalb nicht annähernd mit den 1980er-Jahren in den USA unter Ronald Reagan verglichen werden, obwohl beide der Republikanischen Partei angehören beziehungsweise angehört. Zwar erinnern Steuersenkungen und Deregulierungen an die durch Hayek inspirierten „Reagonomics“ der 1980er-Jahre. Reagan war jedoch entsprechend seiner hayekianischen Ausrichtung alles andere als ein Protektionist. Reagan war zudem überzeugter Transatlantiker und stand fest zu den vier Säulen der transatlantischen Beziehungen, wie sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt hatten: 1. die Sicherheitsgarantie für Europa, 2. das Freihandelsregime, 3. die Demokratisierungsbewegung und 4. die Niederhaltung des Nationalismus. Diese vier Säulen bildeten die Grundlage für den Wohlstand des Westens und die später folgende Globalisierung.

Trump hat hingegen die Sicherheitsgarantie für Europa mehrfach infrage gestellt und mit dem Austritt aus der Nato gedroht. Trump ist ein ausgeprägter Protektionist, der Zollpolitik sogar mit anderen Politikbereichen wie der Migration vermengt. Anstatt sich zudem wie Reagan kämpferisch hinter die Demokratie zu stellen, schätzt Trump Diktatoren wie Wladimir Putin, Xi Jinping und andere Autokraten sowie autoritäre Politiker wie Viktor Orban. Trump dürfte Putin und Xi zwar durchaus entgegengetreten, um bessere „Deals“ zu erreichen. Trump vertritt jedoch einen aggressiven und egomanen Nationalismus, weshalb fraglich ist, ob er bestehende westliche Allianzen gegen Putin und Xi stärken und an einer gemeinsamen westlichen Russland- und Chinastrategie arbeiten wird, damit der gesamte Westen im Systemwettbewerb mit Russland und China bestehen kann.

Auch sollte Trump nicht mit dem argentinischen Präsidenten Javier Milei undifferenziert in einen Topf geworfen werden. Argentinien ist un-

ter seinem Präsidenten Milei den BRICS plus, also der zunächst von Brasilien, Russland, Indien und China gegründeten Organisation von Staaten nicht beigetreten, da Milei nicht mit Diktatoren wie Putin und Xi gemeinsame Sache machen will und nicht, weil er den USA und Donald Trump einen Gefallen tun wollte. Darüber hinaus ist er kein Protektionist und kein Nationalist, sondern Anhänger der Österreichischen Schule der Nationalökonomie, weshalb er viel von allgemeinen und abstrakten Regeln im Sinne von Hayek hält. Zudem dürfte Milei wohl klar sein, dass seine weit über Hayek hinausgehenden anarcho-kapitalistischen Sympathien eine Utopie zur kritischen Betrachtung von überbordenden Staatsaufgaben darstellt, um den Staat auf seine ursprünglichen Aufgaben zurückzuschneiden. Die vollständige Abschaffung oder das „Absterben des Staates“ war schon immer marxistische Lehre und stammt aus einem linken politischen Ideenhorizont, der die notwendige Unterscheidung von Gesellschaft und Staat aufheben will. Der Anarcho-Kapitalist Hans-Hermann Hoppe ist nicht zufällig im linken politischen Lager gestartet und gehört heute zu den vehementesten libertären Kritikern Mileis. Milei hat einen wissenschaftlichen Anspruch, zeigt sich sachlichen Argumenten zugänglich und ist nicht dafür bekannt, Fake News zu verbreiten. Ganz anders agiert Donald Trump, der im Wahlkampf sogar unter anderem behauptete, dass in Springfield (Ohio) Migranten die Hunde und Katzen der Einheimischen essen würden.

Trump und Milei ist jedoch gemein, dass sie Wirtschaft, Staat und Gesellschaft deregulieren wollen, was ohne Disruption nicht möglich ist. Zwischen schöpferischer Zerstörung im Sinne von Joseph Schumpeter, die primär eine Aufgabe des Marktes ist, und destruktiver Zerstörung, die oftmals den Sonderinteressen von neuen, aufsteigenden Eliten dient (welche die alten Eliten verdrängen wollen), besteht jedoch ein großer Unterschied. →

II

Schöpferische Zerstörung ist ein evolutionärer Marktprozess. Schöpferische Zerstörung bedeutet die schrittweise und dezentrale Anpassung an geänderte Verhältnisse. Bei aller möglichen Dramatik im Einzelfall ist schöpferische Zerstörung gesamtgesellschaftlich sozial verträglicher, behutsamer und ökonomisch effizienter als Befehle und Anordnungen. Schöpferische Zerstörung beruht auf und folgt den Präferenzen der Individuen und ist deshalb freiheitskonform. Befehle und Anordnungen vergewaltigen die Präferenzen der Individuen und sind deshalb freiheitsfeindlich. Marktwirtschaft, Wettbewerb und liberaler Rechtsstaat ermöglichen die freiheitskonforme Lösung von Problemen und den dezentralen evolutionären Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft.

Wenn der dezentrale evolutionäre Wandel durch staatliche Überregulierung und Bürokratisierung verhindert wird, dann können diese in der Regel nur durch politisches Handeln des Staates selbst zurückgeschnitten werden. Ob dieses Zurückschneiden anschließend zu Prozessen schöpferischer Zerstörung führt, hängt davon ab, ob dieses Zurückschneiden in einer Art und Weise geschieht, die zur Geltung von allgemeinen und abstrakten Regeln im Sinne von Hayek führt und damit zu Wohlstand für alle oder ob dieses Zurückschneiden lediglich Sonderinteressen dient und damit dem Wohl weniger, weshalb dann das Wort „Zurückschneiden“ besser durch das Wort „Zuschneiden“ ersetzt wird. Auch Machtkonstellationen, in denen sich unterschiedliche Sonderinteressenvertreter gegenseitig so in Schach halten, dass entgegen ihrer eigenen Absicht allgemeine und abstrakte Regeln zur Geltung kommen, sind möglich.

Dass sich bereits im US-Wahlkampf die Ölindustrie einerseits und Techmilliardäre wie Tesla-Gründer Elon Musk andererseits auf die Seite von Trump geschlagen haben, ist ein Indiz dafür, dass sich in den USA in der zweiten Präsidentschaft von Trump eine ausgeprägte Günstlingswirtschaft zur Durchsetzung von Sonderinteressen entwickeln könnte, wozu bereits in Trumps erster Amtszeit Ansätze

vorhanden waren. Das heißt nicht, dass deshalb jeder konkrete Vorschlag zur Deregulierung und staatlichen Ausgabenkürzung, den Musk und der Unternehmer Vivek Ramaswamy als Leiter des neu gegründeten Department of Government Efficiency (DOGE) vorlegen werden, falsch sein muss. Es gibt jedoch zwei prinzipielle Probleme.

Erstens: Wird Musk, dessen Firmenimperium von US-Staatsaufträgen in Milliardenhöhe profitiert, Ausgabenkürzungen des Staates vorschlagen und auf den Weg bringen, wenn diese sein eigenes Firmenimperium betreffen könnten? Und wird Musk Deregulierungen vorschlagen und auf den Weg bringen, welche die Kosten seiner Konkurrenten senken? Oftmals werden Regulierungen von Lobbyisten vorangetrieben, um die Kosten der Konkurrenten zu steigern. Auch die Änderung bestehender Regulierungen kann dazu dienen. Es wird deshalb sehr genau beobachtet werden müssen, ob die konkreten Vorschläge primär ein Zurückschneiden des Staates bewirken oder eben ein Zuschneiden des Staates auf Sonderinteressen.

Zweitens: In ihrem Aufsatz „The DOGE Plan to Reform Government“ in der US-Tageszeitung Wall Street Journal vom 20. November 2024 suggerieren Musk und Ramaswamy, dass es ein Leitsatz des obersten US-Gerichts Supreme Court sei, dass nur der gewählte US-Präsident Verwaltungsverordnungen erlassen dürfe und nicht die nicht gewählten Bürokraten. Leider weisen Musk und Ramaswamy nicht darauf hin, dass auch in den USA die Beamten zur Gesetzlichkeit verpflichtet sind und nur im Rahmen der geltenden Gesetze agieren dürfen. Zudem problematisieren sie nicht, dass es in einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat auch innerhalb der Exekutive eine Machtteilung geben muss, um Machtmissbrauch zu verhindern oder zumindest zu begrenzen. Stattdessen unterstellen sie den (nicht gewählten) Beamten, dass diese ihre Macht ständig missbrauchen würden und dass dieser Machtmissbrauch nur beendet werden könne, indem alles Verwaltungshandeln auf den gewählten US-Präsidenten ausgerichtet würde. →

„Schöpferische Zerstörung
ist ein evolutionärer Marktprozess.

Schöpferische Zerstörung bedeutet
die schrittweise und dezentrale
Anpassung an geänderte Verhältnisse.“

Die Machtkonzentration des Verwaltungshandelns auf den Präsidenten wird in Russland unter Putin „präsidiale Vertikale“ genannt. Genau diese Machtkonzentration war der Einstieg in das System Putin. Doch das problematisieren Musk und Ramaswamy nicht. Das genau diese Zuspitzung aller Verwaltungsmacht auf den Präsidenten ihre eigene Rolle als Ausgabenkürzer, die das Wohl aller Amerikaner im Blick haben sollten, infrage stellt und die Gefahr einer Günstlingswirtschaft potenziert, sehen Musk und Ramaswamy natürlich auch nicht. Die Gefahr, dass gerade vor dem Hintergrund der von Musk und Ramaswamy propagierten Omnipotenz des US-Präsidenten keine „Zurückschneidung“ des Staates, sondern eine „Zuschneidung“ des Staates auf den politischen Anführer und seine Entourage ins Werk gesetzt wird, sollte nicht unterschätzt werden. Denn auch von Russell Vought, ab Januar 2025 Leiter des Office of Management and Budget, werden seit Jahren derartige Machtkonzentrationen auf den Präsidenten gefordert.

Vought vertritt die Ansicht, dass sich die USA in einem postkonstitutionellen Zustand befinden und dass der US-Präsident unbeschränkte Macht haben muss, diesen nicht verfassungsgemäßen Zustand zu beenden, um wieder einen verfassungsgemäßen Zustand herzustellen. Dass solche Überlegungen bei Carl Schmitt abgeschrieben sein könnten, der einst in Deutsch-

land die verfassungsrechtliche Ansicht vertrat, dass der Führer Adolf Hitler das Recht schütze, passt zu den Ausführungen von Musk und Ramaswamy, ohne dass sich zumindest Musk wohl der Tragweite der verbreiteten Vorstellungen bewusst sein dürfte.

Walter Eucken führte in seinen Grundsätzen der Wirtschaftspolitik aus, dass die Freiheit auch dadurch bedroht sei, dass sich der Staat mit privaten Machtkörpern verbindet, was an den Untergang des römischen Reiches erinnere. „Unterschiede zwischen einst und heute bestehen; aber diese Unterschiede lassen die Gefahr nur noch größer erscheinen. Die Bevölkerung ist heute viel zahlreicher und lebt in größeren Massen zusammengeballt. Vor allem aber besteht heute ein industriell-technischer Apparat, der ein Beherrschungs- und Machtinstrument darstellt, das ältere Zeiten nicht kannten.“

Die heutige Verbindung von Big Tech und Big Government stellt ein Beherrschungs- und Machtinstrument dar, das wohl selbst Eucken nicht für möglich gehalten hätte. Ob Trumps zweite Präsidentschaft also letztlich zum Fluch oder Segen wird, dürfte vor allem davon abhängen, ob die Checks and Balances in den USA stark genug sein werden, diese Verbindung von Big Tech und Big Government so zu begrenzen, dass Freiheit und Wohlstand für alle weiterhin ermöglicht und gesichert werden. ◆

ZUR PERSON

Norbert F. Tofall ist seit 2014 Senior Research Analyst des Flossbach von Storch Research Institute im Bereich makroökonomische Analyse mit der Ausrichtung „Economics, Politics and Philosophy“. Tofall war von 2008 bis 2013 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Frank Schäffler. Von 2004 bis 2011 war er Lehrbeauftragter für die Vorlesung „Recht und Freiheit in Europa“ der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder im Studiengang „Master in International Management“. Er ist Mitglied im Expertenpool der Bundesregierung für internationale Friedenseinsätze und hat als internationaler Wahlbeobachter an verschiedenen OSZE-Wahlbeobachtungen teilgenommen. Er studierte Betriebswirtschaftslehre und Philosophie an den Universitäten Paderborn und Tübingen.

